

Koalitionsgespräche in Berlin: CDU und SPD einigen sich auf neue Maßnahmen!

Union und SPD haben in Berlin ein Sondierungspapier ausgehandelt. Geplante Maßnahmen betreffen Asyl, Migration und Integration.



Am 11. März 2025 haben die Union (CDU) und die SPD ein Sondierungspapier ausgehandelt, das weitreichende Auswirkungen auf die Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland haben könnte. Die Sondierungsgespräche fanden in Berlin statt und wurden von den Spitzen der CDU und SPD im Kreis Kusel aufmerksam verfolgt. Ebenso haben die Grünen eine Stellungnahme zu den Ergebnissen der Gespräche abgegeben.

Unmittelbar nach den Gesprächen gab es erste Reaktionen aus den politischen Lagern. Laut den Informationen von **Rheinpfalz** wird ein Sondervermögen eingerichtet, dessen genaues Ziel allerdings noch in der Diskussion ist. Dies könnte in Bezug auf die in dem Sondierungspapier erwähnten Themen für eine

breitere Akzeptanz sorgen.

Gemeinsame Ziele in der Migrationspolitik

Laut einem umfassenden Bericht von **News.de** haben sich CDU, CSU und SPD auf verschiedene gemeinsame Ziele geeinigt. Diese Ziele betreffen nicht nur die Asyl- und Migrationspolitik, sondern auch Themen wie Stromsteuer und Bürgergeldsystem sowie die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik.

Ein zentrales Anliegen der Sondierungen war die Begrenzung der Migration, die im Aufenthaltsgesetz verankert werden soll. Außerdem ist geplant, Rückweisungen von Asylsuchenden an der Grenze in Abstimmung mit europäischen Nachbarstaaten durchzuführen und die Polizeipräsenz an den Grenzen zu erhöhen.

- Familiennachzug für Geflüchtete mit eingeschränktem Schutzstatus soll befristet ausgesetzt werden.
- Freiwillige Aufnahmeprogramme, insbesondere für afghanische Flüchtlinge, werden beendet.
- Die Bundespolizei könnte vorübergehende Haftanordnungen für ausreisepflichtige Ausländer erlassen.
- Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sollen wiederaufgenommen werden, ergänzt durch eine verbesserte Kooperation mit Herkunftsländern.
- Die Liste der sicheren Herkunftsländer soll erweitert werden.

Ein zusätzlicher Punkt betrifft die Förderung der Integration durch die Wiedereinführung von Sprach-Kitas. Dies könnte für viele Migranten und deren Kinder einen bedeutenden Vorteil darstellen. Zudem bleibt das reformierte Staatsangehörigkeitsrecht bestehen, was bedeutet, dass eine Einbürgerung nach fünf Jahren unter bestimmten Bedingungen möglich ist.

Koalitionsverhandlungen in Aussicht

Die Parteichefs der beteiligten Gruppen empfehlen ihren Gremien, die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Das Ziel von Friedrich Merz ist es, den Koalitionsvertrag bis Ostern abzuschließen. Die politische Landschaft in Deutschland bleibt also in Bewegung, und die bevorstehenden Verhandlungen könnten entscheidend für die künftige Ausrichtung der deutschen Asylpolitik sein.

Insgesamt bleibt abzuwarten, wie sich die verschiedenen Parteien auf die von ihnen gemeinsam formulierten Ziele einigen können und welche Maßnahmen letztlich tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden.

Details	
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.rheinpfalz.de• www.spd.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net